



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

SOZIALPOLITIK

■ EDITORIAL	
Proteste und Redaktion	2
■ ANALYSE	
Sozialpolitik in Belarus – ein Sonderweg?	2
Anastasija Jurkewitsch, Lithuanian Social Research Centre, Vilnius	
■ STATISTIK	
Wirtschaftswachstum in Belarus	8
Lebenserwartung und Alterung der Bevölkerung in Belarus	10
Arbeitslosigkeit in Belarus	12
Staatliche Sozialausgaben in Belarus	13
■ CHRONIK	
15. Juni – 8. August 2020	15

Proteste und Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuelle Ausgabe der Belarus-Analysen widmet sich wie geplant dem Thema Sozialpolitik. Mit einem gemeinsamen Themenschwerpunkt ermöglichen die neuesten Ausgaben aller Länder-Analysen einen vergleichenden Blick auf die Verteilung von Armut und Reichtum im östlichen Europa.

Die nächsten Ausgaben werden sich mit den innen- und außenpolitischen Dimensionen der Proteste in Belarus befassen. Leider können wir momentan nur eingeschränkt planen – viele unserer Autor_innen kommen aus Belarus und befinden sich in einer sehr schwierigen Situation, sodass sie ihre Texte nicht immer fristgerecht liefern können. So wurde beispielsweise Olga Shparaga, die bekannte belarussische Philosophin, vor kurzem wegen ihrer Beteiligung an Protesten festgenommen. Uns ist wichtig, dass gerade in Zeiten der politischen Krise möglichst viele Analysen von Expert_innen vor Ort geschrieben werden. Wir möchten Sie daher um Geduld und Verständnis bitten und uns dafür im Voraus bedanken.

Falls Sie in der Zwischenzeit aktuelle Analysen und Kommentare der Redaktion der Länder-Analysen sowie der herausgebenden Institutionen zum Thema lesen wollen, finden Sie regelmäßig aktuelle Hinweise beim (auch ohne Anmeldung) frei zugänglichen Twitter-Konto der Länder-Analysen: <https://twitter.com/laenderanalysen>

Herzliche Grüße,

Olga Dryndova, Redakteurin

Sozialpolitik in Belarus – ein Sonderweg?

Anastasija Jurkewitsch, Lithuanian Social Research Centre, Vilnius

DOI: 10.31205/BA.052.01

Zusammenfassung

Die Sozialpolitik in Belarus, der das sowjetische Modell zugrunde liegt, ist recht spezifischer Natur und unterscheidet sich sogar von der Politik in anderen Ländern der Region: Während die Nachbarstaaten die Orientierungspunkte für ihre staatliche Sozial- und Wirtschaftspolitik nach Erlangung der Unabhängigkeit geändert haben, demonstrierte Belarus den Willen, die Struktur und die entsprechenden Institutionen des sowjetischen Vorbilds zu übernehmen und beizubehalten.

Folgt man den Versicherungen von Vertretern der belarussischen Bürokratie, so übertrifft Belarus bei der sozialen Versorgung und Absicherung sogar die entwickelten Länder der Europäischen Union. Eine eingehendere Betrachtung der offiziellen Daten lässt dies jedoch als Fiktion deutlich werden: Es wird klar, dass für dieses Land sowohl die spezifisch regionalen Herausforderungen, als auch viele Probleme der fortschrittlichen Industriegesellschaften kennzeichnend sind: Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft, Problemen durch Migration usw. In diesem Beitrag werden die prioritären, gleichzeitig aber auch am stärksten kritisierten Vektoren der belarussischen Sozialpolitik analysiert, nämlich der Lebensstandard und die Lebensqualität der Bevölkerung, die Beschäftigung sowie das Rentensystem.

Überblick

Das sowjetische System sozialer Absicherung, das eine garantierte Verwirklichung des Gleichheitsprinzips im Bereich der Sozialhilfe und des sozialen Schutzes ver-

kündete, hatte seine Evolution gegen Ende der 1980er Jahre beendet. Es hatte den Bürgern Hilfen zur sozialen Versorgung geboten (Hilfs- und Ausgleichszahlungen sowie Vergünstigungen für jene, die vorübergehend die

Quellen zum Lebensunterhalt verloren haben oder einer zusätzlichen Unterstützung bedurften), wie auch sozialen und versorgenden Unterhalt (Renten und soziale Dienstleistungen).

Das Fenster der Möglichkeiten, das sich durch den Zerfall der UdSSR öffnete, wurde zur Verkündung der Unabhängigkeit genutzt. Gleichzeitig trafen die Versuche eines Übergangs zur Marktwirtschaft auf eine heterogene und sehr zahlreiche Gegnerschaft, die einen spürbaren Rückgang des Lebensstandards zu spüren bekommen hatte. Das allseits verbreitete Misstrauen gegenüber einer wirtschaftlichen und politischen Neuordnung sowie die zunehmende Korruption und Kriminalität haben insgesamt mit dazu beigetragen, dass die Menschen 1994 Aljaksandr Lukaschenka wählten, einen parteilosen Parlamentsabgeordneten ohne politische Vergangenheit, der versprochen hatte, die Korruption im Land zu besiegen. Lukaschenka trat für eine Bewahrung des sowjetischen Erbes ein, unter anderem in den Bereichen der Sozialpolitik. Die Vorstellung von einer teilweisen Wiederherstellung des sowjetischen Systems fand in der belarusischen Gesellschaft Unterstützung, da man die negativen Folgen der radikalen Wirtschaftsreformen in Russland mitverfolgen konnte: Inflation, Kürzung der Sozialausgaben, Zunahme von Kriminalität und Korruption, Entwertung der privaten Ersparnisse und Verzögerungen und Ausfälle bei den Renten- und Gehaltszahlungen. Über fünf Amtszeiten hinweg sind »Stabilität« und »Sozialstaat« markante Konzepte der Wahlkämpfe von Aljaksandr Lukaschenka gewesen.

Das moderne System der sozialen Sicherung in Belarus ist – wie zu sowjetischen Zeiten – Prärogative des Staates (und nicht des privaten Sektors). Es umfasst Sozialversicherungen (Rente und Arbeitslosigkeit) und Sozialhilfe. Dieses System verteilt rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wobei auf die Rentenzahlungen über drei Viertel dieser Ressourcen entfallen. Für soziale Hilfen (Kindergeld, Leistungen für Arbeitslose oder Menschen mit Behinderungen, Vergünstigungen, Fördermittel, Sozialrenten) werden lediglich rund 2,5 Prozent des BIP aufgewandt, für den sozialen Schutz von Personen im erwerbsfähigen Alter sind es 1,1 Prozent des BIP. Juristisch stützt sich dieses System auf die Verfassung des Landes, auf Gesetze, Erlasse und andere Gesetzesakte. Finanziert wird es durch die Pflichtversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und Erwerbstätigen, durch eigenständige Versicherungsbeiträge von natürlichen Personen, Mitteln aus Kapitalreserven und anderen Quellen.

Offiziell wurde ein Übergang von einem paternalistischen zu einem effektiveren subsidiären Modell der Sozialpolitik verkündet. Forscher verweisen jedoch auf das Fehlen eines eingespielten Systems zur Identifizierung

jener sozialen Gruppen, die einer zielgerichteten Hilfe bedürfen (Hier waren die Mängel schon zu Sowjetzeiten erkennbar gewesen). So sind beispielsweise ideologisch begründete Hilfsprogramme für Weltkriegsveteranen und Angehörige der Innenbehörden (des Innenministeriums – MUS) entwickelt worden, anders als etwaige Hilfsprogramme für Menschen, die zeitweilig in ihren Möglichkeiten eingeschränkt sind (Migranten, Arbeitslose usw.). Der Populismus des Regimes Lukaschenka ist nicht auf eine verstärkte Effektivität und Zielgenauigkeit der Sozialpolitik auf die Bewahrung einer formalen Übereinstimmung mit dem sowjetischen System der sozialen Sicherung und der deklarierten Gleichheit ausgerichtet.

Zu den vorrangigen, gleichzeitig aber auch am stärksten diskutierten und kritisierten Vektoren der Sozialpolitik in Belarus gehören: 1) Lebensqualität und Lebensstandard; 2) Beschäftigung und Erwerbstätigkeit und 3) die Sozialpolitik für ältere Menschen.

Der Lebensstandard und das Problem der sozialen Ungleichheit

Offiziell wird verkündet, dass die Lebensqualität und der Lebensstandard der Bevölkerung zu den wichtigsten Richtungen der staatlichen Sozialpolitik gehören. 2018 betrug der Index der menschlichen Entwicklung (HDI) für Belarus 0,817, was im weltweiten Vergleich Rang 50 entspricht. Dieser Wert ordnet die Länder aufgrund umfassender statistischer Daten ein, u. a. zur Lebensqualität, zur Lebenserwartung, zum Prokopfeinkommen und zum Bildungswesen. Der Lebensstandard der Belarusen liegt über dem des weltweiten Durchschnitts. Gleichwohl entfiel 2018–2019 der größte Teil ihrer Ausgaben auf Lebensmittel, nämlich 36,3 Prozent (zum Vergleich: in Deutschland waren es 10,8 %, in der Ukraine 50 %, in Polen 16,4 %, in Russland 30,2 % und im europäischen Durchschnitt 12,1 %). Gleichzeitig sind 3,2 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, dass ihr Einkommen nicht zum Kauf von Lebensmitteln ausreicht, 19,9 Prozent erfahren Schwierigkeiten, Kleidung zu kaufen, bei 39,5 Prozent der Bevölkerung reicht das Einkommen zum Kauf von Lebensmitteln und Kleidung, jedoch nicht für Haushaltsgeräte. Also lässt sich festhalten, dass diese Daten trügerisch sind, insbesondere aufgrund der Entwertung des belarusischen Rubels und der Inflationsrate im Land. Die meisten europäischen Statistiken enthalten keine Angaben zu Belarus, während die belarusischen Methoden zur Erhebung statistischer Daten sich oft von denen unterscheiden, die in anderen Ländern Europas üblich sind.

Zu den negativen Parametern der belarusischen Wirtschaft 2008–2009 (Rückgang des BIP, der Beschäftigung, der Kaufkraft in der Bevölkerung, der Waren-

exporte sowie das Anwachsen der Lagerbestände) kam in den Jahren 2014–2020 ein Wertverlust des belarussischen Rubel hinzu. Die Wirtschaftskrise verschärfte sich und brachte viele Belarusen – selbst erwerbstätige – an den Rand der Armut. Der Mindestlohn in Belarus lag im ersten Halbjahr 2020 bei 375 Rubeln (am 1. Juli 2020: ca. 138 Euro). Offiziell wird zwar von dessen ständiger Anhebung gesprochen, doch wenn am 1. Januar 2020 ein Mindestlohn von 375 Rubeln noch rund 158 Euro entsprach, so waren es im September dieses Jahres rund 120 Euro.

Eine der wichtigsten Ursachen für Ungleichheit und eines der wichtigsten Hindernisse bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist die Korruption. Nach Angaben der Vereinten Nationen stellt diese eine große Barriere für die Entwicklung und eine Linderung der Armut dar. Korruption bewirkt eine ungerechte Verteilung der Ressourcen, verletzt die Rechte der Ärmsten und Verwundbarsten und verstärkt die Stratifizierung der Gesellschaft. Das postsowjetische Belarus, das die soziale und politische Struktur des sowjetischen Staates ohne kardinale Änderungen beibehält, hat von diesem auch die Schattenbereiche des sozialen, politischen und Wirtschaftslebens übernommen: Vetternwirtschaft bei der Einstellung von Mitarbeitern und dem Zugang zu sozialen Vergünstigungen, Bestechung, Zahlungen ohne Beleg, Sonderbedingungen für Mitglieder staatlicher politischer Organisationen (etwa Wohnheimplätze für Mitglieder des Belarussischen Jugendverbands BRSM). Somit entsprechen die sozialen Garantien – ungeachtet der kostenlosen Gesundheitsversorgung und Bildung sowie der theoretisch gleichen Bedingungen und Möglichkeiten – nicht den in den Rechtsvorschriften vorgeschriebenen Werten oder den statistischen Daten.

Während weltweit das Problem der Abwertung geringqualifizierter Arbeit aktuell ist, liegen die Dinge in Belarus etwas anders: Eine hohe Qualifizierung bedeutet keine Garantie für einen gut bezahlten Beruf, während ein geringes Bildungsniveau und geringqualifizierte Arbeit oft höhere Einkommen mit sich bringen. So zählen in Belarus Lehrer, Vorarbeiter und Ingenieure, Mitarbeiter von Kultureinrichtungen, Facharbeiter usw. zur unteren Mittelschicht. Bei der Berufs- oder Arbeitsplatzwahl fällt zudem die Entscheidung nach alter sowjetischer Tradition oft nicht zugunsten eines höheren Lohnes, sondern zugunsten einer Position mit mehr Einfluss oder mit zusätzlichen Vorteilen aus dem schattenwirtschaftlichen Bereich. Diese Situation ändert sich heute nur im IT-Sektor, der nach den Gesetzen der Marktwirtschaft funktioniert.

Der belarussische Staat garantiert der Bevölkerung (zumindest deklarativ) das Recht auf Arbeit, kostenlose Bildung und medizinische Behandlung. Allerdings hängt die Qualität offiziell kostenloser Medizin und

Bildung in der Praxis unmittelbar von Schmiergeldern ab, und Vorzugskredite Ausschreibungen und Auktionen, ja selbst der Rechtsbeistand für die Bürger würden ohne »schattenwirtschaftliche Motivation« für die Mitarbeiter staatlicher Behörden oft nicht funktionieren. Und die Ungleichheit der Einkommen vergrößert wiederum über materielle und immaterielle Mechanismen das Korruptionsniveau, weil jene, die sich rechtswidrig bereichert haben, dann auch ihren Einfluss festigen wollen, was einen Teufelskreis schafft. Eine soziale Gruppe, die über mehr Macht und Einfluss verfügt, verhält sich positiver gegenüber Korruption und kommt ohne sie nicht aus, und diejenigen ohne Einfluss können ebenfalls ohne sie nicht auskommen. Die Menschen sehen die ungleiche Verteilung, denken aber, dass es anders nicht geht, dass man nur auf unehrliche Weise Wohlstand erlangen kann. Hierher rührt die tolerantere Haltung zu Schmiergeldern. So leben Generationen in einer korrupten Gemeinschaft und in einem Diskurs von »Schmiergeld« und »Vitamin B«, wobei sie das Gefühl für das Unrichtige, Amoralische dieses Systems verlieren. In der Konsequenz führt das zu einer Verstärkung der Ungleichheit und zu mehr Bedürftigen, die jenseits der Armutsgrenze leben.

Eine Studie des Verbandes *Transparency International* hat gezeigt, dass Korruption nicht nur Folgen für die Wirtschaft, sondern auch Einfluss auf die Verteilung der Ressourcen in der Bevölkerung sowie die Ungerechtigkeit und die Wirksamkeit der Sozialprogramme hat. Die offiziellen Statistiken in Belarus besagen, dass die Einkommen der Bevölkerung zunehmen. Gleichzeitig wächst mit jedem Jahr die Inflation und steigt auch der Koeffizient der Einkommensstreuung. Auf dem Korruptionswahrnehmungs-Index von *Transparency International* nimmt Belarus den 66. Rang unter 180 Ländern ein (zum Vergleich: 2012 und 2013 rangierte das Land noch auf dem 123. Platz unter 175 Ländern; der Wert hat sich also verbessert). Ein solcher Sprung eines kritisch geringen Wertes wird wegen der stagnationsartigen politischen Situation im Land mit seiner seit 26 Jahren unveränderten politischen Vertikale kontrovers diskutiert.

Auch hinsichtlich der fehlenden Möglichkeit, staatliche Vergünstigungen in reale Geldleistungen umzuwandeln, sprechen Experten von ungleichen Möglichkeiten und der mangelnden Ausrichtung der Sozialleistungen auf die bestehenden Bedürfnisse. Die Menschen sind hier in ihrer Wahl eingeschränkt (unter anderem in den Bereichen Gesundheit und Bildung), und die Inanspruchnahme der Vergünstigungen wird durch die physische, standardmäßige Realität beschränkt. So gerät etwa die kostenlose Fahrt eines Menschen mit Behinderungen in einem nicht dafür ausgestatteten Verkehrsmittel (insbesondere in der Straßenbahn) zu einer nicht

nutzbaren Fiktion. Daher ist in Belarus eine grundlegende Revision der Sozialpolitiken vonnöten, um die optimale Form der sozialen Leistungen zu ermitteln und die soziale Unterstützung und den Schutz des einzelnen Bürgers auf ein qualitativ neues Niveau anzuheben.

Beschäftigung und Regulierung des Arbeitsmarktes

Von Offiziellen wird betont, dass eine Verbesserung der Arbeitsbeziehungen und der Beschäftigung ein wichtiger Vektor der Sozialpolitik der Republik Belarus. Der Kollaps der Sowjetunion brachte eine drastische Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Daher hat Lukaschenka in seiner Politik den Akzent auf den Erhalt der Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzvermittlung nach Absolvierung der Ausbildungseinrichtung gelegt.

Der Arbeitsmarkt in Belarus ist formal rigide – kennzeichnend sind die traditionelle Form und Struktur der Beschäftigung und der Arbeitsmarkt ist auf eine Beibehaltung der Arbeitszeit-Standards usw. ausgerichtet. Er kann nicht zu den flexiblen und effizient regulierten Arbeitsmärkten gezählt werden. Die globalen sozialen und wirtschaftlichen Prozesse wie auch die Wirtschaftskrise im Land selbst führen zu einer Ausbreitung negativer sozialer Phänomene auf dem Arbeitsmarkt. Eines der wichtigsten Probleme von Belarus – wie auch weltweit – ist die Arbeitslosigkeit. Allerdings besteht ein grundlegender Unterschied zwischen der Arbeitslosigkeit in Belarus und der in Ländern mit einer Marktwirtschaft. In letzteren ist Arbeitslosigkeit die Folge von Kapitalbewegungen innerhalb einer oder zwischen verschiedenen Branchen, also Teil eines wirtschaftlichen Zyklus. Die belarusische Wirtschaft ist jedoch dadurch gekennzeichnet, dass Arbeitslosigkeit hier im Kontext der extensiven Entwicklung einer verstaatlichten Wirtschaft, durch Akkumulierung überschüssiger Arbeitskräfte innerhalb der Unternehmen erzeugt wird. Unternehmen mit sinkender Produktivität versuchen, künstlich die Arbeitsplätze zu erhalten, indem sie den Lohn und die Leistungsvorgaben der Arbeiter reduzieren. Daneben gibt es auch die Taktik, dass die Zahl der Arbeitstage reduziert wird und Mitarbeiter in zusätzlichen Urlaub geschickt werden (in einigen Unternehmen unbezahlt).

Die staatliche Beschäftigungspolitik und die Politik zur Regulierung der Arbeitsbeziehungen im Land werden nicht nur durch Gesetze festgelegt, sondern auch durch Rechtsakte des Präsidenten. Der bis heute aufsehenerregendste Präsidialerlass ist das Dekret Nr. 3 »Über der Verhütung von sozialer Abhängigkeit«. Dieser 2015 ergangene Erlass, der als »Dekret über Sozialschmarotertum« bekannt wurde, ist ein »ideologisches Instrument«, das »jene zur Arbeit nötigen soll, die das müssen und die es können«, und zwar mit Hilfe einer Besteuerung von Arbeitslosen. Vorbild für dieses Dekret mit Gesetzeskraft

ist der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der BSSR »Über die Verstärkung des Kampfes gegen Personen, die sich gesellschaftlich nützlicher Arbeit entziehen und einen antigesellschaftlichen, parasitären Lebenswandel führen« aus dem Jahr 1961. Nach den breiten Protesten gegen diesen Erlass im Jahr 2017 wurde die Erhebung der Steuer auf unbestimmte Zeit verschoben. Eine solche Maßnahme erscheint angesichts der dramatisch niedrigen Ausgaben für Arbeitslosenhilfen und der deklarierten geringen Arbeitslosigkeit im Land paradox, irrational.

Die Ausgaben für Sozialhilfe entsprechen insgesamt 2,5 Prozent des BIP, und die für Arbeitslosenhilfe machen nur 0,2 Prozent dieser Summe aus (rund 0,006 % des BIP). Die offizielle staatliche Statistik veröffentlicht für Belarus stabil niedrige Arbeitslosenwerte, die im Vergleich mit den Werten in anderen Ländern der Region fantastisch anmuten. Ganz gleich, um was für ein Jahr es sich handelt, ob um ein Krisenjahr oder ein Jahr des Aufschwungs – die Arbeitslosenquote geht seit 2003 ständig zurück. Mehrere Jahre hintereinander lag der Wert bei 0,5 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Am 1. Juli 2020 betrug sie 0,2 Prozent (zum Vergleich: in Russland waren es am 1. Juli d. J. 6,3 %, in der Ukraine 8,9 % im ersten Quartal 2020 und im Juni 2020 waren es in Polen 6,1 %). Diese Daten stoßen bei Forschern auf Zweifel; sie attestieren Belarus eine versteckte Arbeitslosigkeit und nehmen an, dass die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen bis zu einer Million betragen könnte, also mehr als 10 Prozent der Bevölkerung.

Beachtenswert ist auch der Umstand, dass die Höhe der Arbeitslosengelder in Belarus nach internationalen Standards dramatisch niedrig ist: Der Höchstsatz betrug mit Stand vom 1. Januar d. J. 54 Rubel bzw. 17 Euro pro Monat (Der Durchschnittslohn lag im Juni 2020 nominal bei 1287 Rubeln – rund 423 Euro). Die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe betragen 0,006 Prozent des BIP, was ein Hundertstel des Durchschnittswerts in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) darstellt (0,68 %). Zudem ist für den Erhalt von Arbeitslosengeld Bedingung, dass man sich an gesellschaftlichen Arbeiten beteiligt, die als zwangsweise und somit als von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verboten betrachtet werden. Ganz gleich, welche Arbeit jemand sucht, als Friseur, Lehrer oder Ingenieur, ist diese Person verpflichtet, eine bestimmte Zahl Arbeitsstunden abzuleisten und dabei Straßen zu fegen oder in einer Sowchose bei der Ernte zu helfen. Die versteckte Arbeitslosigkeit (also jener Personen, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind) erzeugt eine Reihe negativer Effekte, etwa Verzögerungen bei der Lohnauszahlung, unfreiwillige Auswanderung, Wechsel zu geringer bezahlten Arbeitsplätzen, die Suche nach Möglichkeiten im »Schattensektor« oder aber reduzierte Anforderungen beim Arbeitsschutz.

Weitere Besonderheiten der staatlichen Arbeitsmarktpolitik sind unter anderem die Zwangsmitgliedschaft von Mitarbeitern und Studierenden in regierungsfreundlichen Organisationen, Pflicht-Abonnements staatlicher Medien, die erzwungene Teilnahme von Mitarbeitern und Studierenden an gesellschaftlichen Veranstaltungen, die erzwungene vorzeitige Stimmabgabe bei Wahlen, die staatliche Beschäftigung von Hochschulabsolventen auf Staatskosten und per Zuweisung.

In Belarus herrscht derzeit die Tendenz zu einem wachsenden Arbeitskräftemangel. Am stärksten fehlen Arbeiter, Verkäufer, Fahrer, Köche, Reinigungskräfte, Kassierer, Ladearbeiter und Krankenpfleger. 2020 hat es 33.000 freie Stellen gegeben, die einen Lohn von bis zu 400 Rubeln vor Steuern (ca. 128 Euro) anbieten. Das Lohnniveau bei diesen Stellen ist mit der Bezahlung in den Nachbarländern nicht vergleichbar, weswegen sich der Abzug von Arbeitskräften verstärkt. Experten erkennen darin die Folgen einer falschen Ausrichtung der Sozialpolitik, nämlich auf eine Beibehaltung der Beschäftigung um jeden Preis, und nicht auf eine Umstrukturierung und Effizienzsteigerung der Produktion. Das Fehlen einer ausreichenden Zahl gut bezahlter Arbeitsplätze nötigt die Belarusen zur Emigration. Es gibt keine realen Daten zur Anzahl der Arbeitsmigranten: Einerseits fehlt eine umfassende Untersuchung zur Zahl der nicht offiziell registrierten belarusischen Migranten in die Europäische Union (nach Schätzungen von Experten sind es zwischen 800.000 und 1,2 Mio.). Andererseits wird die Zählung der belarusischen Arbeitsmigranten in Russland durch die fehlende Grenze zwischen den beiden Staaten erschwert. Polnische Gesetzesinitiativen für Migranten aus postsowjetischen Ländern und die fehlende Grenze zur Russischen Föderation erleichtern Belarusen den Zugang gerade zu diesen Arbeitsmärkten.

Die Arbeitsmigration verschärft auch das Problem der Alterssicherung.

Probleme des modernen Systems der Alterssicherung in der Republik Belarus

Das staatliche Rentensystem in Belarus funktioniert heute nach dem Prinzip, dass den heutigen Rentnern Rentenbezüge gezahlt werden, die sich aus den laufenden Beiträgen der beschäftigten Bevölkerung und deren Arbeitgeber finanzieren. Die institutionelle Struktur ist seit Sowjetzeiten unverändert beibehalten worden. Die wichtigsten Änderungen, die nach der Erlangung der Unabhängigkeit, vorgenommen wurden, betrafen die Lebensarbeitszeit und das Renteneintrittsalter.

Gleichzeitig werden die negativen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen in der Region zu einer immer größeren Herausforderung für den Staat:

Der Anteil der Älteren in der Bevölkerung von Belarus wird immer größer, die Alterung der Nation tritt immer deutlicher zutage. Aktuelle Prognosen der Vereinten Nationen von 2019 gehen davon aus, dass die Bevölkerung von Belarus erheblich abnehmen wird, und der Quotient der Abhängigkeit der älteren Bevölkerungsgruppen von den Jüngeren (»Rentnerquotient«: Anzahl der Personen über 65 pro 100 Beschäftigte) werde sich von 43 im Jahr 2015 auf 82 im Jahr 2050 fast verdoppeln.

Angesichts dieses Umstandes wurde 2016 eine Anhebung des Rentenalters vorgenommen, um die negativen Folgen der Alterung abzufedern. Dadurch vergrößert sich die erwerbsfähige Bevölkerung (bis 2022 wird das Rentenalter für Männer 63 (statt 60) Jahre betragen, für Frauen werden es 58 (statt 55) Jahre sein).

Experten sprechen jedoch von einer Verschlimmerung der Wirtschaftskrise im Land und einem Rückgang des Lebensstandards. Einerseits nehmen die Forscher daher an, dass in der jetzigen Phase für Belarus ein Übergang zu einem kapitalbasierten Rentensystem kaum möglich ist. Bis zur Herstellung einer makroökonomischen Stabilität wird lediglich die Reform einzelner Parameter des jetzigen Rentensystems möglich sein. Ohne eine Reform des Systems dürfte das Haushaltsdefizit zunehmen. Eine weitere Anhebung des Rentenalters bedeutete, dass die Sicherung eines angemessenen Lebensabschnitts für Männer nicht möglich wäre, da die Kluft zwischen der statistischen Lebenserwartung von Männern und Frauen bis zu 11,5 Jahre beträgt. Leider beträgt die Lebenserwartung von Männern des Jahrgangs 1960, die noch nicht aus Altersgründen in Rente gegangen sind (nach neuer Gesetzgebung nach dem 63. Lebensjahr), 65,03 Jahre (für Frauen sind es 69 Jahre). Für Männer des Jahrgangs 1970 sind es 66,67 Jahre (Frauen: 73 Jahre), für Männer des Jahrgangs 1980 sind es 66 Jahre (für Frauen: 74).

Andererseits gewinnt ein Teil der älteren Bevölkerung durch die Möglichkeit, weiter zu arbeiten. Gleichzeitig bliebe ein anderer Teil der Bevölkerung bei einer Anhebung des Rentenalters und der für die Rentenzahlungen maßgeblichen Lebensarbeitszeit ohne die erwarteten, früher per Gesetz festgelegten Rentenzahlungen und jenseits der absoluten Armutsgrenze. Ein markantes Beispiel sind Bürger, die die bezahlte Pflege von Verwandten mit Behinderungen übernehmen, wobei diese Zeit bei der Berechnung der Rente nicht berücksichtigt wird. Die materielle Lage der Rentner dürfte sich bei einer Anhebung des Rentenalters selbst dann nicht verbessern, wenn die Betroffenen erfolgreich eine Beschäftigung finden: Die zusätzlichen Jahre der Lebensarbeitszeit wirken sich nur unwesentlich auf die Höhe der Rentenzahlungen aus. Mit Stand vom Juli 2020 betrug die durchschnittliche Höhe der festgesetzten Altersrenten 472,85 Rubel (rund 152 Rubel).

Was die sozialen Dienste für Ältere betrifft, so ist hier der Staat in Gestalt unterschiedlicher Behörden und Einrichtungen der Hauptakteur. Durch staatliche Aufträge zur sozialen Fürsorge werden einige gesellschaftliche Organisationen beteiligt; der Anteil von Privatfirmen ist hier allerdings verschwindend gering. Die Familie war und bleibt die wichtigste Quelle der Fürsorge und trägt vor dem Gesetz die Verantwortung für die Betreuung älterer und anderer abhängiger Familienmitglieder. Daher ist eine offizielle Pflege, die in Einrichtungen oder zu Hause gewährt wird, nur wenig verbreitet. Im belarussischen Gesetzbuch über die Ehe und die Familie, dem wichtigsten rechtlichen Regelwerk in diesem Bereich, ist festgeschrieben, dass im Alter Kinder die Verantwortung für ihre Eltern tragen. Da nun arbeitende Verwandte sich nicht um Ältere kümmern können, wächst die Nachfrage nach bezahlten sozialen Diensten.

Das Überwiegen informeller familiärer Pflege ist der Grund, warum Probleme wie die verstärkte Einbindung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die hohe Scheidungsrate und die wachsende Anzahl alleinerziehender Eltern sowie das erhöhte Armutsrisiko für Frauen aktuell sind. Zudem ist für Belarus heute die Frage aktuell, wie Mitarbeiter für die Pflegebranche für Ältere und Gebrechliche gewonnen werden können. Schließlich verdienen Belarussen hiermit ihren Lebensunterhalt in Ländern mit einem höheren Lebensstandard.

Schlussfolgerungen

Zweifellos muss der belarussische Staat, wenn er seinen Bürgern Wohlstand gewährleisten will, im Bereich der Sozialpolitik erhebliche Veränderungen vornehmen. Konkrete Vorschläge dürfen sich allerdings ausschließlich auf exakte statistische Daten stützen, die nach Ansicht unabhängiger Forscher und Experten aber immer noch ausstehen (unter anderem Daten über wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, über den Lebensstandard, über Arbeitslosigkeit usw.). Langfristig sollte Belarus:

- Die Lebensqualität und den Lebensstandard seiner Bürger anheben;
- Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit reduzieren;
- Die Arbeitsmarktgesetzgebung derart normalisieren, dass der Abzug von Arbeitskräften zurückgeht und die Beschäftigung flexibler wird;
- Das System der Alterssicherung unter Berücksichtigung der wichtigsten demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Parameter reformieren;
- Programme zur Bekämpfung der Ausgrenzung älterer Menschen und der Prekarisierung der Arbeit von Personen im Frührenten- und Rentenalter ins Leben rufen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Anastasija Jurkewitsch ist Doktorandin am Lithuanian Social Research Centre in Vilnius, Litauen. Sie hat ein Studium der Soziologie, der Philologie und Heritage Studies jeweils mit einem Magister absolviert. In den letzten Jahren hat sie in Projekten zur sozialen Ausgrenzung älterer Menschen, zur Diskriminierung und zu sozialer Ungleichheit gearbeitet.

Wirtschaftswachstum in Belarus

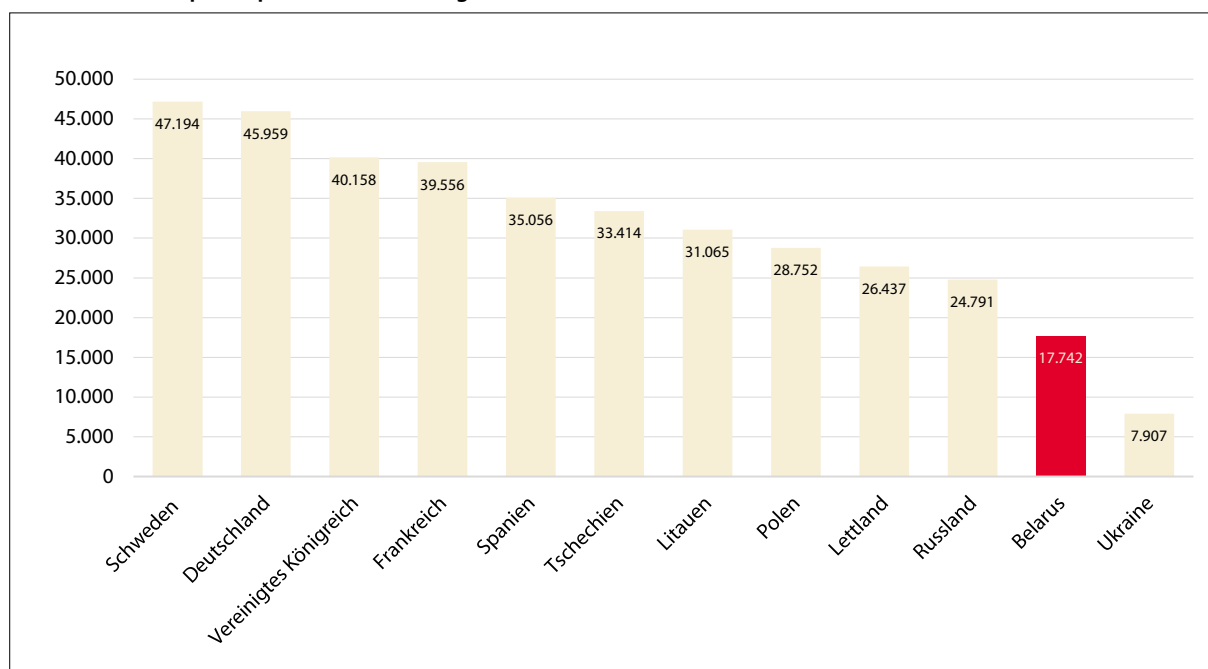
Tabelle 1: Gini-Index* in Belarus im Vergleich (nach Jahren)

	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Kasachstan	Tadschikistan	Turkmenistan	Kirgistan	Usbekistan	Deutschland
2000	31,2	33,0	37,1	36,3	36,0 (2001)	29,5 (1999)	26,5 (1999)	31,0	36,1	30,7
2010	28,6	33,2	39,5	24,8	28,0	30,8 (2009)	n/a	30,1	k. A.	30,2
2017	25,4	29,2	33,1 (2016)	25,0 (2016)	27,5	34,0 (2015)	n/a	27,3	k. A.	29,1

*Der Gini-Index, auch Gini-Koeffizient genannt, misst die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in einem Land. Je höher der Wert, desto größer die Ungleichheit. Bei einem Gini-Wert von 0 wäre das gesamte Vermögen gleich verteilt, während bei einem Wert von 100 sämtliches Vermögen im Besitz einer Person wäre.

Quelle: World Income Inequality Database, UNU-WIDER, Stand 6. Mai 2020, <https://www.wider.unu.edu/database/wiid>

Grafik 1: BIP pro Kopf in Belarus im Vergleich (2018; 2011 PPP \$)



Die Zahlen finden Sie in Tabelle 2 auf S. 9.

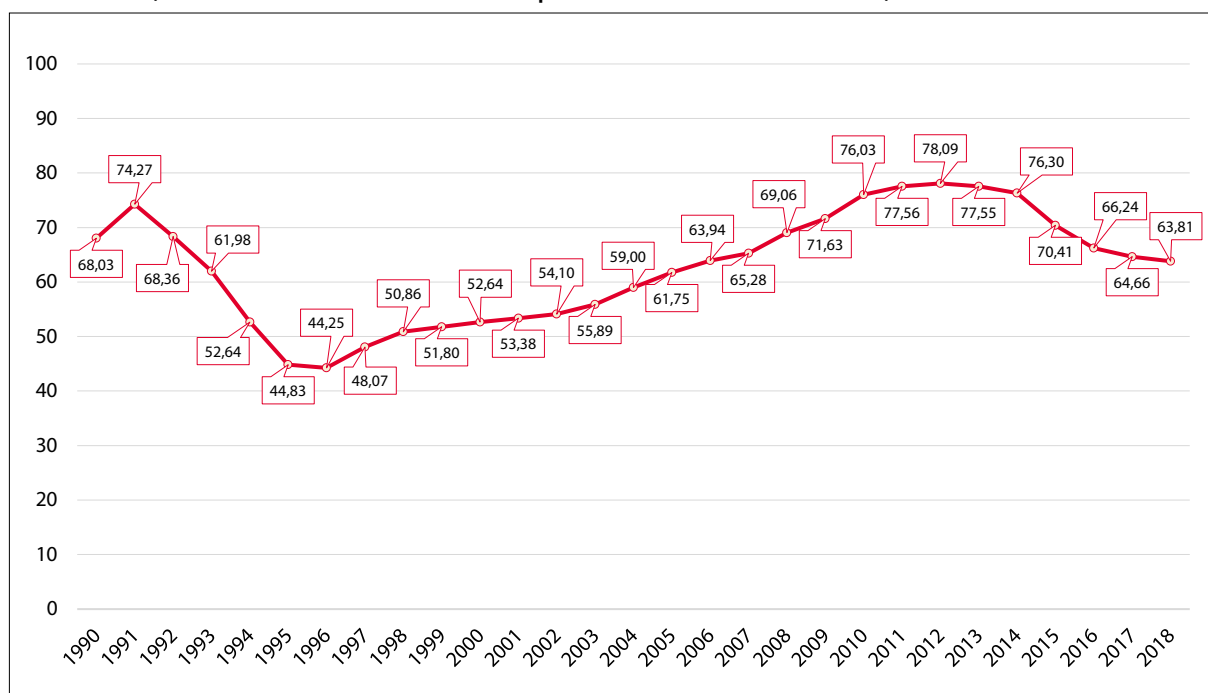
Quelle: UNDP: Human Development Reports, GDP per capita (2011 PPP \$), <http://hdr.undp.org/en/indicators/136706>

Tabelle 2: BIP pro Kopf in Belarus im Vergleich (nach Jahren; 2011 PPP \$)

	1990	1995	2000	2005	2010	2015	2018
Belarus	8.367	5.460	7.574	11.230	16.261	17.219	17.742
Ukraine	10.464	5.060	4.797	7.279	7.824	7.465	7.907
Russland	20.639	12.813	14.051	19.326	23.326	24.517	24.791
Polen	10.277	11.300	14.733	17.194	21.771	25.307	28.752
Litauen	k. A.	9.357	12.190	18.527	21.071	27.042	31.065
Lettland	k. A.	8.284	11.175	17.522	18.252	23.019	26.437
Tschechien	20.023	19.271	21.194	25.781	28.353	30.605	33.414
Deutschland	31.287	33.653	36.765	37.704	40.429	44.043	45.959
Frankreich	29.464	30.727	4.705	36.375	36.815	37.836	39.556
Vereinigtes Königreich	26.675	28.517	33.152	37.172	36.509	39.010	40.158
Spanien	23.759	25.051	29.967	32.902	32.507	32.357	35.056
Schweden	30.976	31.118	36.902	41.270	42.989	45.698	47.194

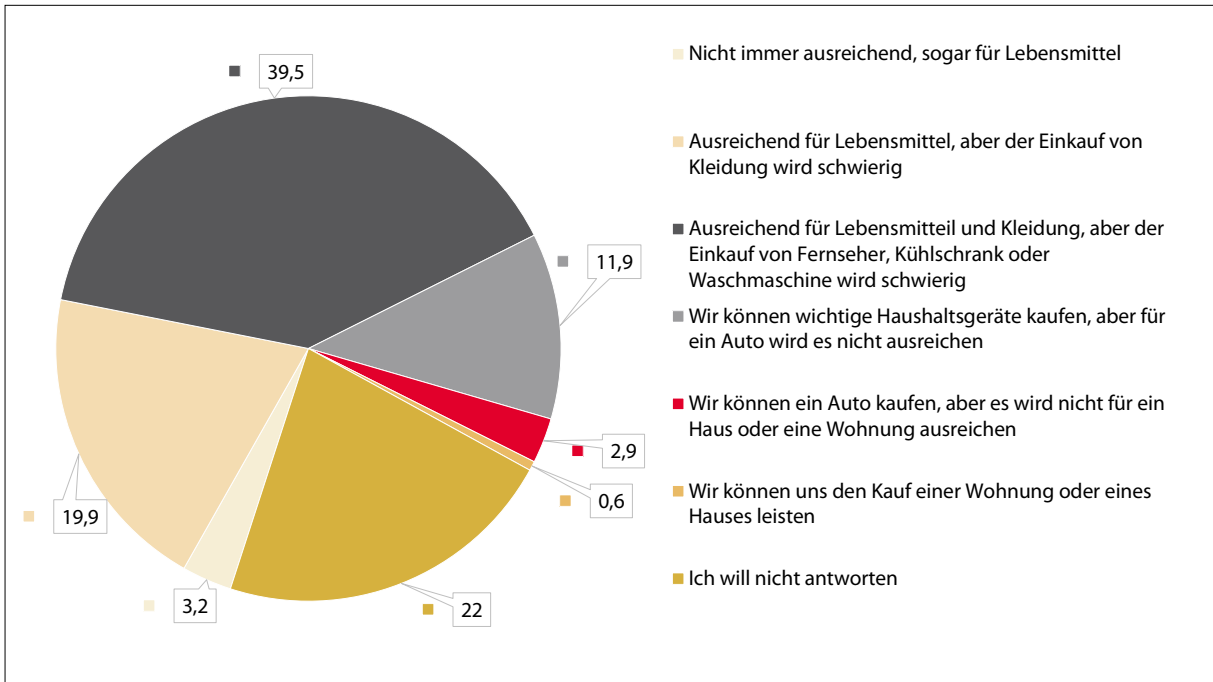
Quelle: UNDP: Human Development Reports, GDP per capita (2011 PPP \$), <http://hdr.undp.org/en/indicators/136706>

Grafik 2: Echtes Wohlergehen in Belarus im Vergleich
(in % des Durchschnitts in mitteleuropäischen und baltischen Ländern)



Quelle: Berechnungen von Dzimtry Kruk (BEROC, Minsk), basierend auf Daten von Belstat, saisonal bereinigt

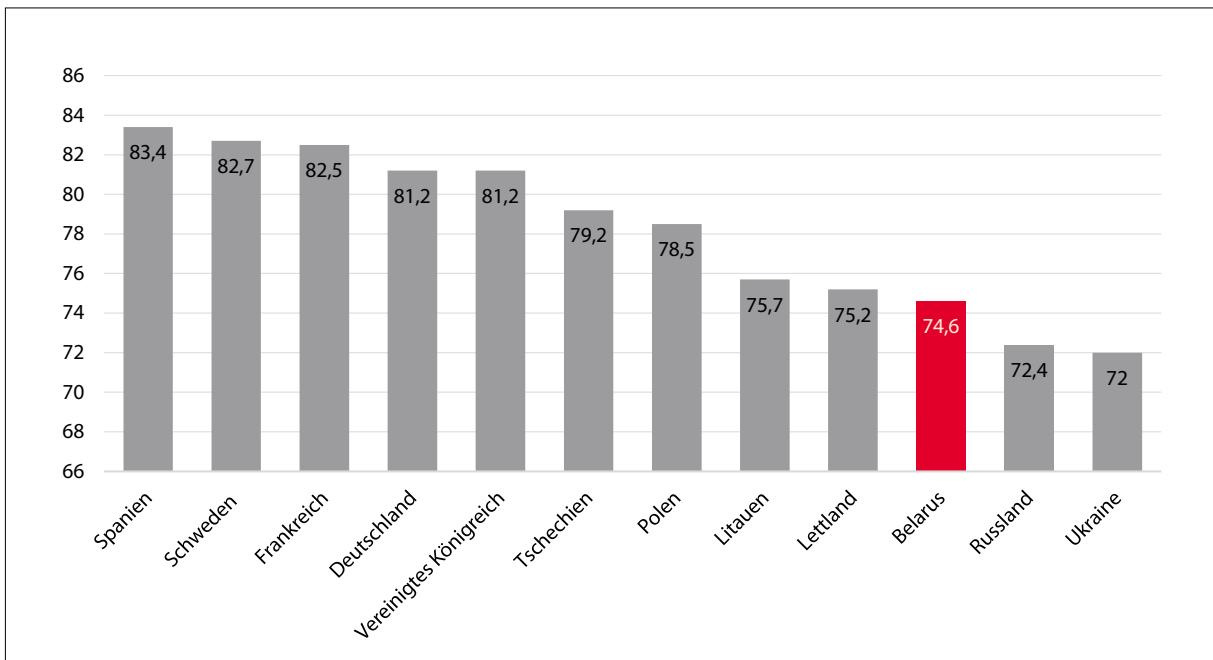
Grafik 3: Wofür reicht Ihr Haushaltseinkommen aus? (% , Umfrage von IPM, 2019)



Quelle: Zennosti naselenija Belarusi, IPM, 2019, http://www.research.by/webroot/delivery/files/SR_19_01.pdf

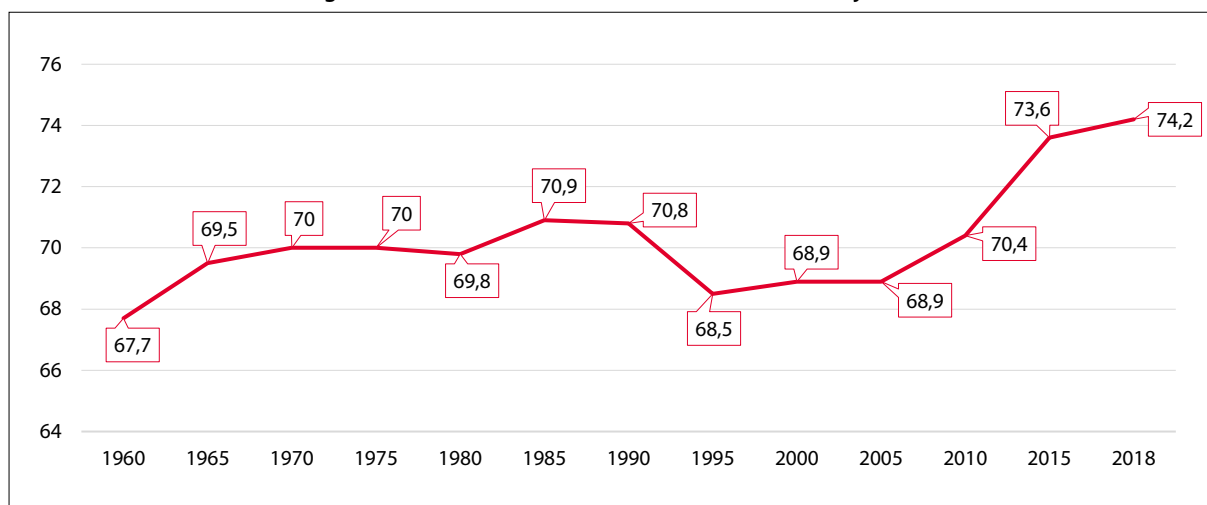
Lebenserwartung und Alterung der Bevölkerung in Belarus

Grafik 1a: Lebenserwartung in Belarus bei der Geburt im Vergleich (Jahre, 2018)



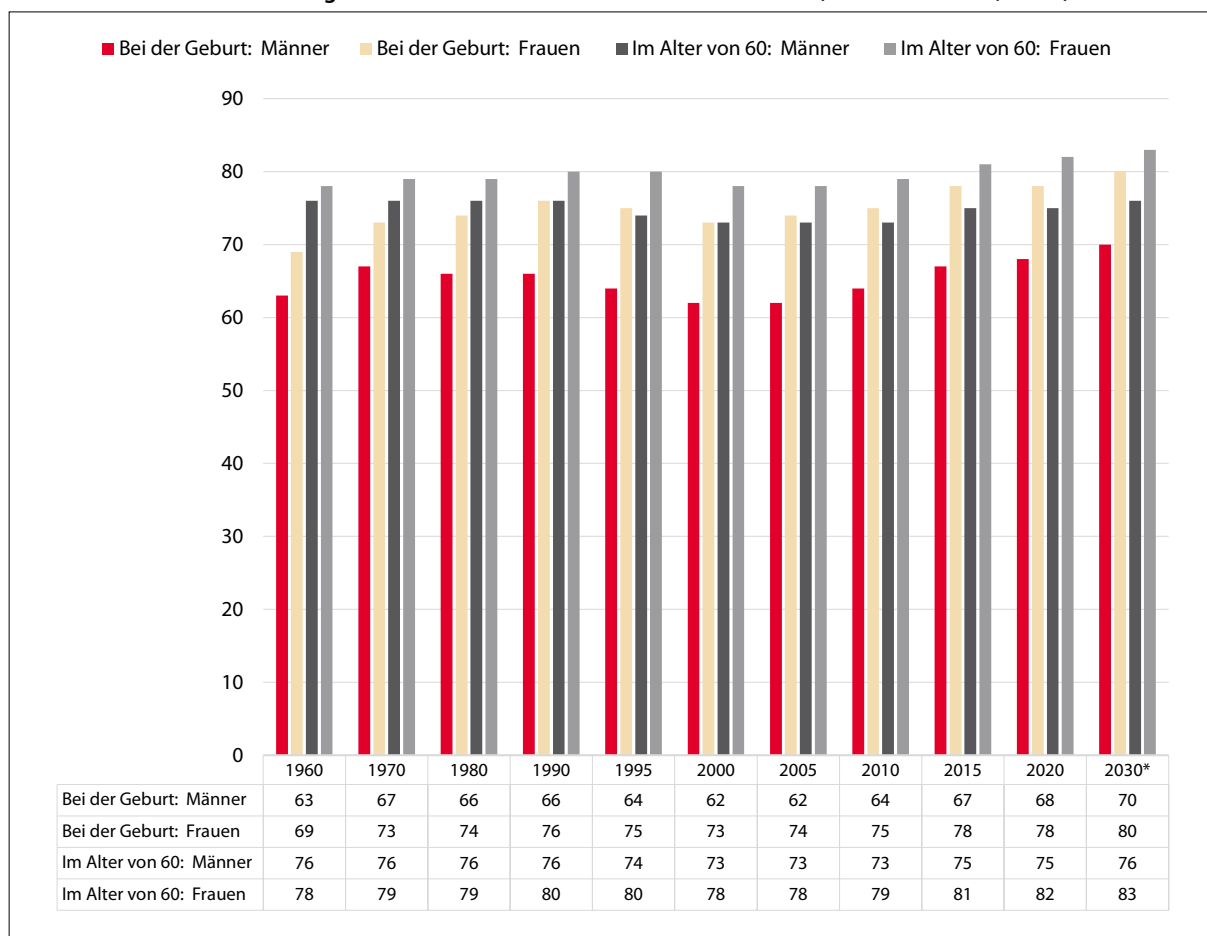
Quelle: UNDP: Human Development Reports, Life expectancy at birth (years), <http://hdr.undp.org/en/indicators/69206>

Grafik 1b: Lebenserwartung in der BSSR/Belarus bei der Geburt (nach Geburtsjahren)



Quelle: Life expectancy at birth, total (years) – Belarus, <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.IN?end=2018&locations=BY&start=1960&view=chart>

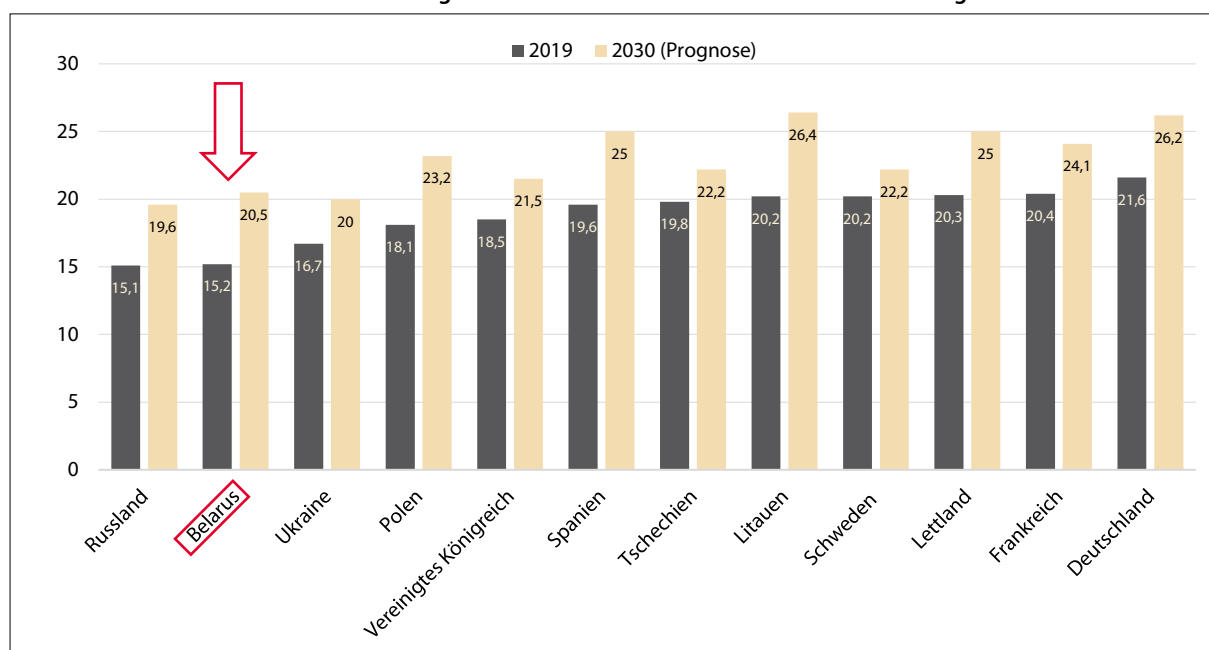
Grafik 1c: Lebenserwartung in Belarus bei der Geburt und im Alter von 60 (nach Geschlecht; Jahre)



* 2030: Prognose

Quelle: Demographic Dividend: Belarus, <https://www.unfpa.org/data/BY>

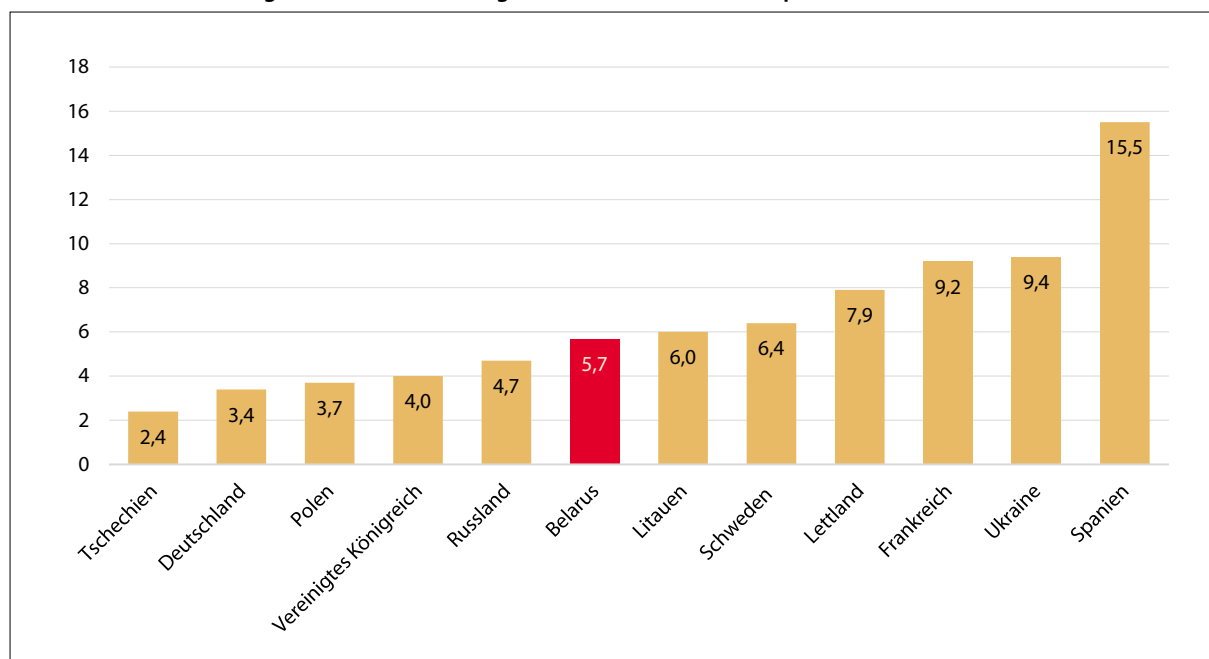
Grafik 2: Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 65 Jahre oder älter in Belarus im Vergleich



Quelle: World Population Ageing 2019, S. 34, <https://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/WorldPopulationAgeing2019-Highlights.pdf>

Arbeitslosigkeit in Belarus

Grafik 1: Arbeitslosigkeit in Belarus im Vergleich (2018, % der Erwerbspersonen)



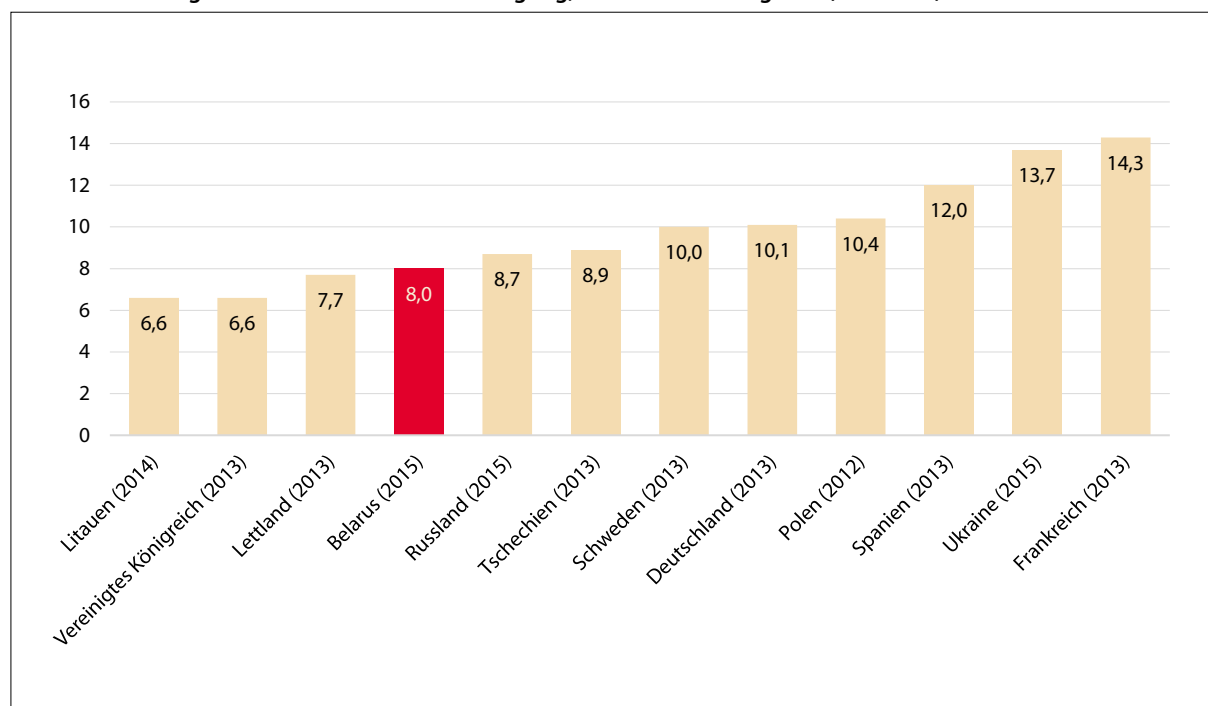
Quelle: UNDP: Human Development Reports, Unemployment, total (% of labour force), <http://hdr.undp.org/en/indicators/140606>

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit in Belarus im Vergleich (% der Erwerbspersonen)

	1990	1995	2000	2005	2010	2015	2018
Belarus	0,6	17,7	11,9	8,5	6,1	5,9	5,7
Ukraine	1,9	5,6	11,7	7,2	8,1	9,1	9,4
Russland	5,1	9,5	10,6	7,1	7,4	5,6	4,7
Polen	13,1	13,3	16,3	17,8	9,6	7,5	3,7
Litauen	1,1	17,5	15,9	8,3	17,8	9,1	6
Lettland	2,7	19	14,2	10	19,5	9,9	7,9
Tschechien	2,3	4	8,8	7,9	7,3	5,1	2,4
Deutschland	5,3	8,2	7,9	11,2	7	4,6	3,4
Frankreich	9,1	11,8	10,2	8,5	8,9	10,4	9,2
Vereinigtes Königreich	8,6	8,7	5,6	4,8	7,8	5,3	4
Spanien	15,9	22,7	13,8	9,2	19,9	22,1	15,5
Schweden	3,2	8,9	5,5	7,5	8,6	7,4	6,4

Quelle: UNDP: Human Development Reports, Unemployment, total (% of labour force), <http://hdr.undp.org/en/indicators/140606>

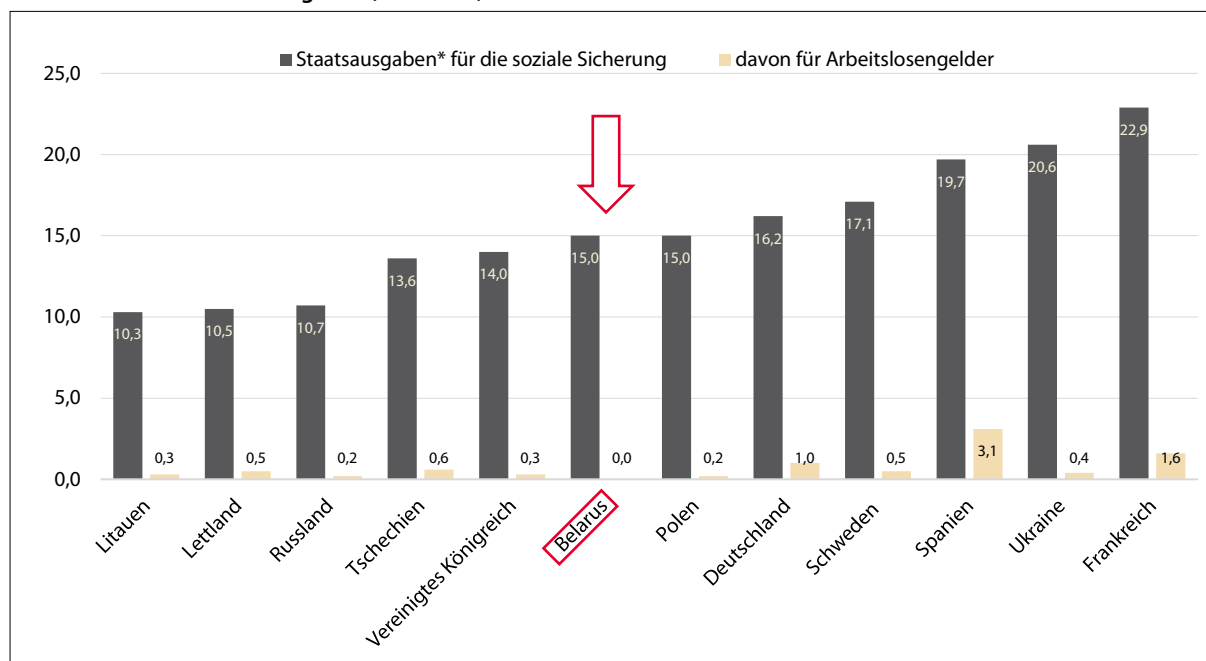
Staatliche Sozialausgaben in Belarus

Graphik 1a: Staatsausgaben für Renten und andere Zuschüsse für ältere Bürger_innen im gesetzlichen Rentenalter, ausgenommen Gesundheitsversorgung, in Belarus im Vergleich (% des BIP)

In Klammern: letztes verfügbares Jahr

Quelle: Doklad o socialnoj saschtschitew mire, 2017–2019, S. 91, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-moscow/documents/publication/wcms_646848.pdf

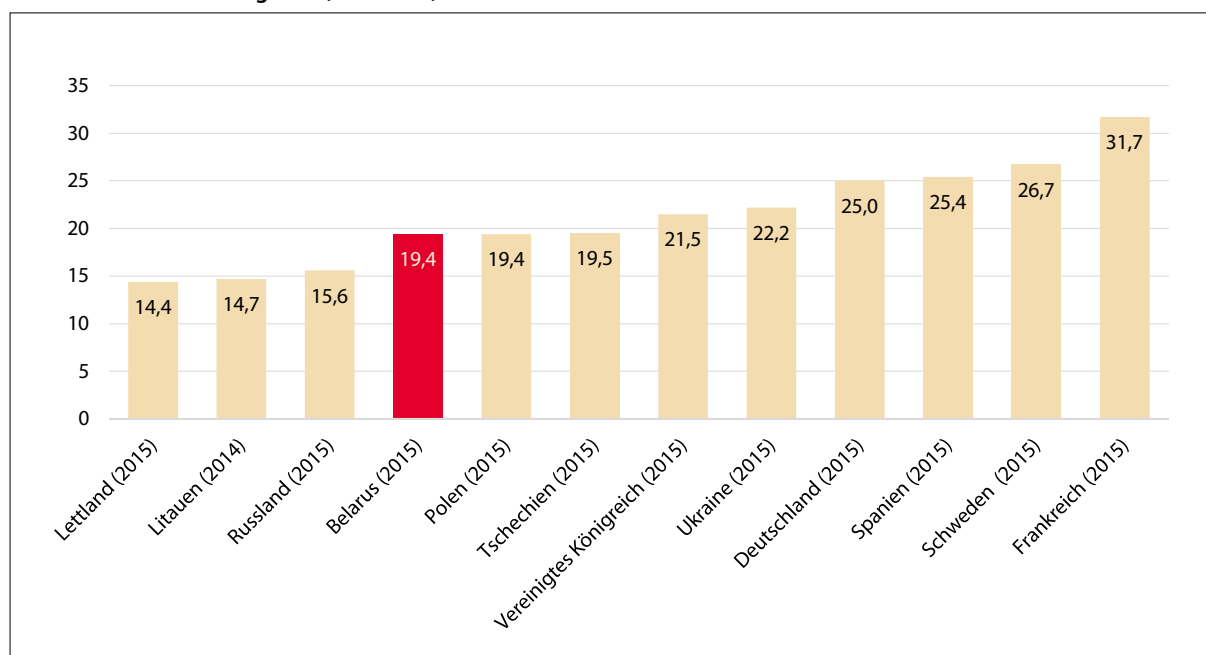
Grafik 1b: Staatsausgaben* für die soziale Sicherung der Bevölkerung, ausgenommen Gesundheitsversorgung, in Belarus im Vergleich (% des BIP)



* für das letzte verfügbare Jahr

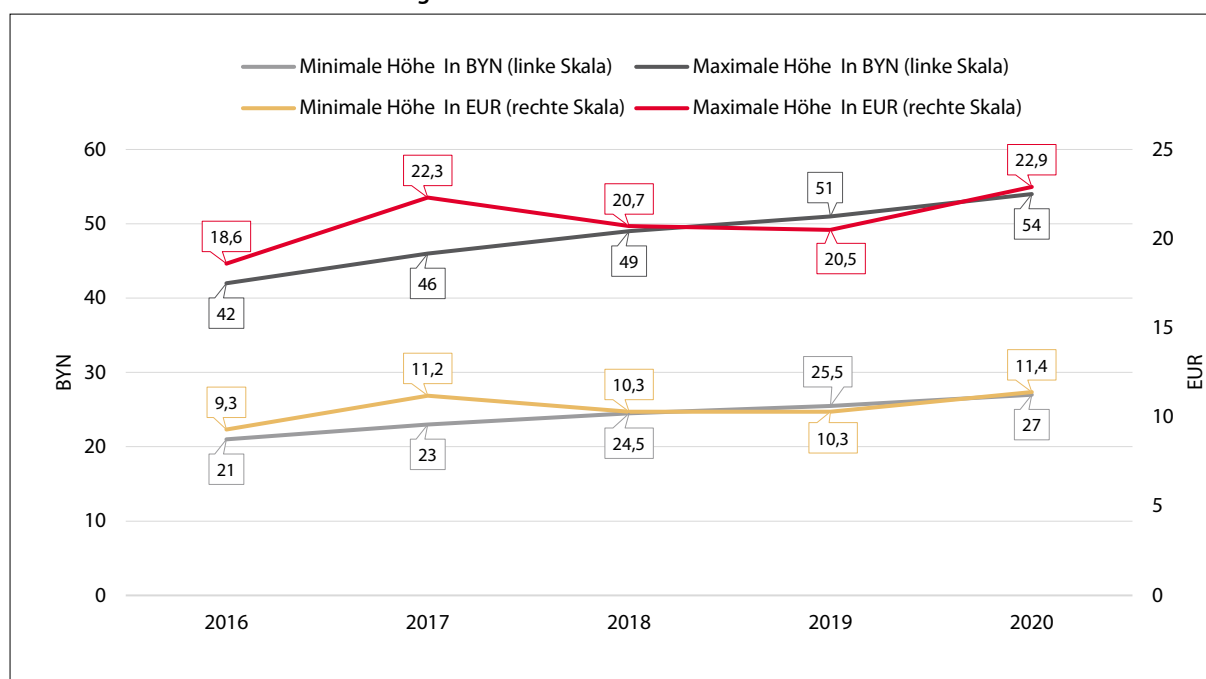
Quelle: *Doklad o socialnoj saschtschite w mire, 2017–2019*, S. 178, S. 431–432, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-moscow/documents/publication/wcms_646848.pdf

Grafik 1c: Staatsausgaben für die soziale Sicherung der Bevölkerung, inklusive Gesundheitsversorgung, in Belarus im Vergleich (% des BIP)



Quelle: *Doklad o socialnoj saschtschite w mire, 2017–2019*, S. 431–432, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-moscow/documents/publication/wcms_646848.pdf

Grafik 2: Monatliches Arbeitslosengeld in Belarus nach Jahren



Quelle: Posobie po besrabortize, <https://myfin.by/wiki/term/posobie-po-bezrabortice>

CHRONIK

15. Juni – 8. August 2020

15.06.2020	Die ehemalige Direktorin der Nationalbank, Nadseshda Jarmakowa, übernimmt vorübergehend die Leitung der privaten »Belgazprombank«. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der »Belgazprombank«, Wiktar Babaryka, der für das Präsidentenamt kandidieren will, bezeichnet die Durchsuchungen in der »Belgazprombank« als politischen Druck auf ihn.
16.06.2020	Nach Angaben von Menschenrechtlern sind in Belarus in anderthalb Monaten (seit dem 6. Mai) 97 Menschen zu Arrest verurteilt worden. Das solle dem Zweck politischer Verfolgung dienen, so die Menschenrechtler.
16.06.2020	Die potenzielle Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja berichtet über anonyme Drohungen in Bezug auf ihre Kinder.
18.06.2020	Der potenzielle Präsidentschaftskandidat Wiktar Babaryka und sein Sohn Eduard Babaryka, Leiter der Initiativgruppe für seinen Vater, werden in die Finanzermittlungsabteilung des staatlichen Kontrollausschusses verbracht. Das Haus der Familie wird durchsucht.
18.06.2020	Die belarussische Menschenrechtsorganisationen »Belarussisches Helsinki-Komitee« und »Wjasna« wenden sich in einer Erklärung über die Verletzung der Rechte des inhaftierten potenziellen Präsidentschaftskandidaten Wiktar Babaryka mit einem Appell an verschiedene UN-Sonderberichterstatter. Sie berichten über illegalen, politisch motivierten Druck seitens des Staates auf Babaryka.
18.06.2020	Im Außenministerium findet ein Treffen europäischer Diplomaten mit dem belarussischen Außenminister Uladsimir Makej und dem Vorsitzenden des staatlichen Kontrollausschusses, Iwan Tertel, statt. Die Diplomaten werden über das Strafverfahren gegen »Belgazprombank« und deren ehemaligen Leiter Wiktar Babaryka informiert.

18.06.2020	Die Vorsitzende der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärt, die belarussischen Behörden müssten bei den Wahlen im August für einen repräsentativen und wettbewerbsorientierten politischen Wettstreit sorgen.
18.06.2020	In Minsk findet eine sechsstündige Solidaritätskundgebung für die verhafteten Aktivist_innen und Mitglieder von Initiativgruppen potenzieller Präsidentschaftskandidat_innen statt. Mehrere Tausend Menschen nehmen trotz schlechten Wetters daran teil. Hintergrund ist die Verhaftung von Wiktar Babaryka, der laut seinem Wahlkampfstab bereits 426.000 Unterschriften für seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat gesammelt hat (benötigt werden mindestens 100.000 Unterschriften).
19.06.2020	Die EU fordert die belarussischen Behörden auf, Wiktar Babaryka unverzüglich freizulassen.
19.06.2020	Außenminister Uladsimir Makej und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow unterzeichnen eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Visa.
19.06.2020	In einer vorab aufgenommenen Videobotschaft regt der verhaftete Wiktar Babaryka ein Referendum über eine Rückkehr zur belarussischen Verfassung von 1994 an, die die Macht des Präsidenten deutlich begrenzen würde.
19.06.2020	In mehreren belarussischen Städten (u. a. in Minsk, Homel, Hrodna, Brest, Mahiljou, Orscha, Pinsk) finden Solidaritätsaktionen für die verhafteten Aktivist_innen, Journalist_innen und Politiker_innen statt. Rund 90 Menschen werden wegen ihrer Teilnahme an den Aktionen verhaftet. Der 19. Juni ist der letzte Tag für die Sammlung von Unterschriften zur Unterstützung einer Nominierung von Präsidentschaftskandidaten.
19.06.2020	Über 160.000 Belarussen haben bereits eine Petition auf »change.org« für die Freilassung von Wiktar Babaryka unterzeichnet.
19.06.2020	Der Vorsitzende der Konferenz der katholischen Bischöfe von Belarus, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, spricht während einer heiligen Messe in der Domkirche von Minsk das Thema der angespannten Situation im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen an. Er fordert die Lösung aller politischen Probleme durch Dialog und im Geiste des gegenseitigen Respekts.
20.06.2020	Die USA fordern die belarussische Regierung auf, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen, die Grundfreiheiten zu respektieren und den Menschen in Belarus zu ermöglichen, sich frei und friedlich zu versammeln sowie die Häftlinge freizulassen.
20.06.2020	Großbritannien fordert die belarussische Regierung auf, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu respektieren und die willkürlich Inhaftierten freizulassen.
20.06.2020	Das EU-Parlament äußert sich alarmiert über die sich verschlechternde Situation vor den Präsidentschaftswahlen am 9. August in Belarus und verurteilt die erneute Verhaftung und Verfolgung von Präsidentschaftskandidaten und ihrer Anhänger sowie von friedlichen Demonstrant_innen und Aktivist_innen der Zivilgesellschaft.
20.06.2020	Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärt, die Inhaftierung friedlicher Demonstrant_innen, Journalist_innen und Oppositionsaktivist_innen in Belarus müsse gestoppt werden.
20.06.2020	Harlem Désir, der OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, sagt in einer Erklärung, dass die belarussischen Behörden den Journalist_innen die Möglichkeit geben sollen, ihre Arbeit zu erledigen und über wichtige Ereignisse ohne Angst vor Inhaftierung zu berichten.
20.06.2020	Der potenzielle Präsidentschaftskandidat von Belarus und ehemalige Leiter der »Belgazprombank«, Wiktar Babaryka, sowie sein Sohn Eduard Babaryka werden angeklagt. Wiktar Babaryka war im Rahmen eines Verfahrens gegen die »Belgazprombank« festgenommen worden, weil er u. a. »illegale Aktivitäten« organisiert habe; Eduard Babaryka wird der Steuerhinterziehung beschuldigt – er leitet die Crowdfunding-Plattformen »Ulej« und »MolaMola«.
20.–21.06.2020	In mehreren Städten in Belarus finden erneut Solidaritätsaktionen statt. Erneut werden Menschen festgenommen.
22.06.2020	Mehr als 12.000 Menschen haben sich einer Initiativgruppe für ein Verfassungsreferendum angeschlossen. Das Referendum über die Rückkehr zur belarussischen Verfassung von 1994 war von Wiktar Babaryka am 19. Juni, einen Tag nach seiner Verhaftung, in einer Video-Botschaft angeregt worden.
22.06.2020	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich mit den Aktivist_innen in Brest, die über zweieinhalb Jahre gegen den Start einer für ihre Gesundheit gefährlichen Fabrik protestiert haben, die Blei-Säure-Batterien produzieren soll. Lukaschenka verspricht für die Zeit nach den Wahlen die Durchführung eines lokalen Referendums zu dieser Frage.

20.06.2020	Belarusische Menschenrechtler fordern die Behörden auf, den Druck auf unabhängige Wahlbeobachter einzustellen.
23.06.2020	Die Organisation »Reporter ohne Grenzen« fordert die EU-Führung dazu auf, die Verhandlungen mit Belarus von der Beendigung einer Beendigung der Verfolgung von Journalist_innen abhängig zu machen. Sie gibt bekannt, dass während der Kundgebungen am 19. Juni über 270 Personen festgenommen wurden, darunter 14 Journalist_innen, u. a. von »Reuters«, »Radio Swaboda«, »Euroradio«, TUT.by und Onliner.by.
24.06.2020	Aljaksandr Lukaschenka und seine drei Söhne nehmen an einer Militärparade in Moskau teil. Aufgrund der Situation mit Covid-19 war die Parade vom 9. Mai (dem Tag des Sieges über das nationalsozialistische Deutschland) auf den 24. Juni verschoben worden.
24.06.2020	Mehrere Mitarbeiter_innen bzw. nun ehemalige Mitarbeiter_innen des staatlichen Fernsehens sowie andere bekannte Personen verurteilen die Polizeigewalt am 23. Juni vor dem Geschäft »Symbal.by«. In sozialen Netzwerken war über die Schließung des Geschäfts ab dem 29. Juni berichtet worden, nachdem Produkte, die den Präsidenten kritisierten (»Psichos%«), verkauft werden sollten. Nach der Ankündigung bildete sich eine Schlange vor dem Geschäft, Personen wurden von der Polizei brutal festgenommen.
24.06.2020	Nach Angaben von Menschenrechtlern wurden innerhalb von vier Tagen (18.–21. Juni) über 360 Personen in 19 Städten in Belarus festgenommen.
24.06.2020	Fast allen der mehr als 3.500 Teilnehmenden der Initiative »Honest People« (initiiert von Wiktar Babaryka) wurde die Mitgliedschaft in Wahlkommissionen verweigert.
27.06.2020	Menschenrechtlern zufolge werden die Wahlkommissionen in den Wahllokalen 2020 nahezu »steril« sein – die Zahl der Oppositionsvertreter_innen habe sich um im Vergleich zum Jahr 2015 auf ein Fünftel verringert.
27.06.2020	»Amnesty international« fordert die belarussischen Behörden auf, die verhafteten Blogger unverzüglich freizulassen und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu beenden.
01.07.2020	In der Erklärung einer UN-Expertengruppe heißt es, die belarussischen Behörden sollten vor den Präsidentschaftswahlen am 9. August keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten einsetzen.
02.07.2020	Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz erklärt bei den Budslaw-Feierlichkeiten, die Wahlen in Belarus sollten frei und fair verlaufen.
03.07.2020	Nach Angaben von Menschenrechtlern sind in zwei Monaten (Anfang Mai – Anfang Juli) mindestens 680 Menschen in Belarus festgenommen worden.
07.07.2020	Die Bankkonten der Crowdfunding-Plattformen »Ulej« und »MolaMola«, die Eduard Babaryka, dem Sohn von Wiktar Babaraka gehören, werden aufgrund der Maßnahmen zur Verhinderung der Legalisierung von Erträgen aus Straftaten, der Finanzierung terroristischer Aktivitäten und der Finanzierung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gesperrt. Es soll sich dabei laut Menschenrechtler um Verfolgung aus politischen Gründen handeln.
07.07.2020	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE werde die Präsidentschaftswahlen in Belarus aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht beobachten, erklärt das Gremium.
08.07.2020	Maryja Kalesnikawa, Leiterin des Wahlkampfstabs von Wiktar Babryka, erklärt, das Team plan die Gründung einer politischen Partei
09.07.2020	Ein Monitoring-Team des Belarusischen Journalistenverbandes hat nach eigenen Angaben festgestellt, dass staatlich kontrollierte Medien nichtstaatliche Medien im Wahlzeitraum als Bedrohung für die Stabilität der Gesellschaft darstellen.
09.07.2020	Belarus habe seit seiner Unabhängigkeit noch nie einen solchen Druck erfahren wie jetzt, erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Er sei zu allem bereit, allerdings sollten alle Änderungen aus einer neuen Verfassung kommen, und nicht aus einem »Majdan«.
13.07.2020	Der Leiter der EU-Delegation in Belarus, Dirk Schübel, äußert die Hoffnung, dass die EU nicht aufgrund der politischen Gefangener Sanktionen gegen Belarus werde verhängen müssen. Die EU erwarte, dass alle aus politischen Gründen Verhafteten freigelassen werden, so Schübel.
13.07.2020	Das belarussische Innenministerium kündigt an, dass es möglich sei Internetressourcen im Falle einer Bedrohung der nationalen Sicherheit zu blockieren.
14.07.2020	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Anatol Hlas, reagiert scharf auf die Aussage von Dirk Schübel vom 13. Juli: »Das belarussische Volk wird seine eigene Wahl treffen, ohne Hilfe von Gönnern von außen. Weder die Europäische Union noch sonst jemand von außerhalb wird den Verlauf des Wahlprozesses in unserem Land bestimmen.«

14.07.2020	Zwei populäre Personen – Wiktar Babaryka und Walery Zapkala – wurden von der Zentralen Wahlkommission nicht als Präsidentschaftskandidaten registriert. Der offizielle Grund für die Ablehnung von Babaryka: Inkonsistenz der Einkommenserklärung und die Unterstützung durch einen ausländischen Staat bei der Finanzierung der Wahlkampagne. Bei Zapkala lautete die Begründung: weniger als 100.000 legitime Unterschriften von Bürger_innen (obwohl das Team Zapkalias nach eigenen Angaben über 150.000 Unterschriften eingereicht hatte). Als Kandidat_innen werden fünf Personen registriert: Swjatlana Zichanouskaja, Hanna Kanapazkaja, Andrej Dzmityreu, Sjarhej Tscherschtschan und Aljaksandr Lukaschenka.
14.07.2020	Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärt, durch die Weigerung, Wiktar Babaryka und Walery Zapkala als Präsidentschaftskandidaten zu registrieren, würden die belarussischen Behörden keinen substantiellen politischen Wettstreit mit Wettbewerbscharakter gewährleisten.
14.07.2020	Der Stab von Wiktar Babaryka fordert die Wähler_innen auf, bei der Zentralen Wahlkommission Beschwerden gegen seine Nichtregistrierung einzureichen.
14.–15.07.2020	In Minsk und anderen Regionen des Landes werden mindestens 420 Menschen festgenommen, die gegen die verweigerte Registrierung von Wiktar Babaryka und Walery Zapkala als Präsidentschaftskandidaten demonstrieren.
15.07.2020	Vertreter der OSZE werden die Präsidentschaftswahlen in Belarus nicht beobachten, da von den belarussischen Behörden keine rechtzeitige Einladung zur Beobachtung eingegangen sei.
15.07.2020	Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitrij Peskow, erklärt, dass sich Moskau nicht in die Situation um die Präsidentschaftswahlen in Belarus einmische.
15.07.2020	Belarus_innen reichen massenhaft Beschwerden bei der Zentralen Wahlkommission gegen die Nichtregistrierung von Babaryka und Zapkala ein. Vor dem Gebäude der Wahlkommission in Minsk bildet sich eine mehrere Kilometer lange Schlange. Insgesamt werden am 15. und 16. Juli (auch per Post und elektronisch) über 5.000 Beschwerden eingereicht, berichtet die Wahlkommission später. Es kommt am gleichen Tag zu Festnahmen.
15.07.2020	Aljaksandr Lukaschenka kündigt an, er werde »das Land niemandem hergeben«.
15.07.2020	Amnesty International verurteilt die Massenverhaftungen während der Proteste in Belarus am 14. Juli.
15.07.2020	Die Sprecherin für Außen- und Sicherheitspolitik des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union, Nabila Massrali, erklärt, die Weigerung der belarussischen Behörden, die OSZE / ODIHR-Mission zur Beobachtung der Wahlen einzuladen, werde schwerwiegende negative Folgen für die Transparenz und Integrität des Wahlprozesses haben.
15.07.2020	Pressesprecher Anatol Hlas erklärt, das belarussische Außenministerium sei enttäuscht von der Entscheidung des OSZE / ODIHR, die Präsidentschaftswahlen nicht zu beobachten, da die entsprechende Einladung aus Belarus genau am 15. Juli abgeschickt worden sei.
15.07.2020	Die Vereinten Nationen fordern die belarussischen Behörden nachdrücklich auf, die Wahrung des Rechts der Bürger_innen auf friedliche Demonstrationen zu gewährleisten.
16.07.2020	In einer gemeinsamen Erklärung des Vorsitzenden des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kyriakos Hadjiyianni, seines Stellvertreters Michael Georg Link und der Berichterstatterin Kari Henriksen heißt es, das Fehlen einer rechtzeitigen Einladung aus Belarus zur Beobachtung der Wahlen verstoße gegen die Verpflichtungen des Landes innerhalb der OSZE.
16.07.2020	Die USA seien anlässlich von Berichten über Massenproteste und Inhaftierungen friedlicher Aktivist_innen in Belarus besorgt, erklärt die Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus.
16.07.2020	Der Belarussische Journalistenverband erklärt, er sei empört und protestiere gegen die Inhaftierung von Medienvertreter_innen während der Erfüllung ihrer offiziellen Aufgaben (mind. 15 Fälle am 14. und 15. Juli).
16.07.2020	Die Organisation »Reporter ohne Grenzen« fordert die belarussischen Behörden auf, die Welle der Repressionen gegen Journalist_innen zu stoppen.
17.07.2020	Vertreter_innen der Wahlstäbe von Wiktar Babaryka (vertreten durch die Stabsleiterin Maryja Kalesnikawa), Walery Zapkala (vertreten durch seine Frau Weranika Zapkala) und Swjatlana Zichanouskaja informieren während einer gemeinsamen Pressekonferenz über ihren Zusammenschluss. Es werden gemeinsame Wahlprogrammpunkte erarbeitet, u. a. die Freilassung von politischen Gefangenen und die Initiierung neuer und freier Wahlen im Falle eines Sieges von Zichanouskaja. Die Belarus_innen werden dazu aufgefordert, nur am Hauptwahltag (9. August) wählen zu gehen, um Wahlfälschungen zu minimieren, sowie sich aktiv an der Wahlbeobachtung zu beteiligen.

17.07.2020	Bei einer Sitzung des Regierungsrates der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) in Minsk erörtern Aljaksandr Lukaschenka und der russische Ministerpräsident Michail Mischustin die Präsidentschaftswahlen in Belarus sowie die bilateralen Beziehungen. Letztere sollen ausschließlich auf gleichberechtigter Basis aufgebaut werden, erklärt Lukaschenka.
17.07.2020	Der UN-Menschenrechtsrat verlängert das Mandat der Sonderberichterstatterin für Belarus um ein weiteres Jahr.
19.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala halten die erste Wahlkundgebung in Dsjarshynsk ab. Daran nehmen mehrere hundert Menschen teil (Bevölkerung: über 200.000 Menschen).
19.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala veranstalten eine Wahlkundgebung in Minsk. Daran nehmen ca. 10.000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 2 Mio. Menschen).
20.07.2020	Der stellvertretende Außenminister Aleh Krautschanka wird zum belarusischen Botschafter in den USA ernannt. Es handelt sich um den ersten Botschafter von Belarus in den USA seit 12 Jahren.
20.07.2020	Die Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja erklärt, dass sich ihre zwei Kinder im Ausland befinden, dies sei vorgenommen worden, um sie vor Repressionen zu schützen.
20.07.2020	Das belarusische Außenministerium nennt die Verlängerung des Mandats des UN-Sonderberichtstatters für die Menschenrechtssituation in Belarus »eine sinnlose Handlung«.
20.07.2020	Weranika Zapkala zeigt sich zuversichtlich, dass die Beamten des Innenministeriums »nicht das Feuer auf ihre Leute eröffnen können«.
21.07.2020	Die parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) wird die Präsidentschaftswahlen in Belarus u. a. aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht beobachten.
21.07.2020	Durch die öffentliche Kampagne BY_Help wurden mehr als 150.000 US-Dollar gesammelt. Die Kampagne zahlt die Geldstrafen, die die Teilnehmenden an friedlichen Solidaritätskundgebungen in Belarus seit dem Frühjahr erhalten haben.
21.07.2020	Maryja Kalesnikawa erklärt, Lukaschenkas Regime können einen einmaligen Protest auf dem Platz niederschlagen, aber es sei nicht in der Lage, mit regelmäßigen und abwechslungsreichen Protesten der Mehrheit fertig zu werden.
22.07.2020	Menschenrechtler erklären, dass die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission vom 22. Juli zur Begrenzung der Zahl der Beobachter_innen in den Wahllokalen der belarusischen Verfassung widerspreche.
23.07.2020	Aljaksandr Lukaschenka weist Außenminister Uldsimir Makej an, in Belarus akkreditierte ausländische Medien »aus dem Land zu schicken«, »wenn sie die Gesetze nicht einhalten und Menschen zu Majdans einladen«.
23.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala halten eine Wahlkundgebung in Barysau ab. Daran nehmen ca. 5000 Menschen teil (Bevölkerung: über 140.000 Menschen).
23.07.2020	In Brüssel trifft sich eine belarusische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Außenminister Aleh Krautschanka mit einer EU-Delegation. Geleitet wird das Treffen vom stellvertretenden Direktor für Russland, die Östliche Partnerschaft, Zentralasien, Regionale Zusammenarbeit und die OSZE des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Luc Devigne. Die EU äußert sich besorgt über die Nichteinhaltung der Grundfreiheiten durch Belarus und fordert die Freilassung aller willkürlich Festgenommenen.
23.07.2020	Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärt in Bezug auf die 44. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf am 17. Juli, westliche Partner mischten sich in die inneren Angelegenheiten von Belarus ein.
24.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala halten eine Wahlkundgebung in Hlubokaje ab. Daran nehmen ca. 1000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 18.000 Menschen).
24.07.2020	Die Führung von Belarus werde keine »künstliche Destabilisierung der Gesellschaft und des Landes« zulassen, erklärt Außenminister Uldsimir Makej auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem lettischen Außenminister Edgars Rinkēvičs in Silene (Lettland).
24.07.2020	Die EU äußert sich besorgt zu Berichten über Gewaltanwendung, Inhaftierungen und Geldstrafen gegen Journalist_innen und Blogger_innen, die über die Straßenproteste in Belarus berichten.
24.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala halten eine Wahlkundgebung in Wizebsk ab. Daran nehmen ca. 8000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 360.000 Menschen).

24.07.2020	Walery Zapkala, einer der nicht zugelassenen Präsidentschaftskandidaten und der Mann von Weranika Zapkala, verlässt aus Sicherheitsgründen Belarus mit ihren Kindern, nachdem er nach eigener Aussage Nachrichten von Freunden im Innenministerium und im KGB über seine mögliche Verhaftung erhalten habe. Weranika Zapkala bleibt in Belarus, um die gemeinsame Wahlkampagne mit Swjatlana Zichanouskaja und Maryja Kalesnikawa fortzuführen.
25.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala führen eine Wahlkundgebung in Orscha durch. Daran nehmen mind. 3000 Menschen teil (Bevölkerung: fast 116.000 Menschen).
26.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala halten eine Wahlkundgebung in Zschlobin ab. Daran nehmen mehrere Tausende Menschen teil (Bevölkerung: ca. 76.000 Menschen).
26.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala führen eine Wahlkundgebung in Retschyza durch. Daran nehmen mind. 2000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 64.000 Menschen).
26.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala veranstalten eine Wahlkundgebung in Homel. Daran nehmen ca. 10.000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 508.000 Menschen).
27.07.2020	Im Falle eines Sieges bei den Präsidentschaftswahlen verspricht die Kandidatin Swjatlana Zichanouskaja in ihrem Wahlprogramm, innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen abzuhalten und diese mit einem Referendum über die Rückkehr zur Verfassung von 1994 zu kombinieren.
28.07.2020	Aljaksandr Lukaschenka trifft Spezialeinheiten des Innenministeriums (der Präsident besucht seit mehreren Tagen verschiedene Sicherheitskräfte). Auf dem Gebiet dieser Militäreinheit werden Übungen abgehalten, um Straßenproteste zu zerschlagen.
28.07.2020	Der Belarusische Journalistenverband erklärt, das belarusische Außenministerium verstoße massiv gegen die Akkreditierungsbedingungen ausländischer Journalist_innen; die Folge sei, dass Journalist_innen ausländischen Medien nicht zur Arbeit nach Belarus reisen können.
29.07.2020	Die Wahlkommissionen in Belarus haben nach offiziellen Angaben eine absolute Rekordzahl belarusischer Beobachter_innen für die Präsidentschaftswahlen registriert (45.430).
29.07.2020	Aljaksandr Lukaschenka beruft eine Dringlichkeitssitzung des belarusischen Sicherheitsrates ein. Am gleichen Tag waren in der Nähe von Minsk 33 mutmaßliche Angehörige der russischen privaten Militärfirma »Wagner« festgenommen worden.
29.07.2020	Wladimir Dshabarow, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des russischen Föderationsrates, erklärt, es ergebe für Russland keinen Sinn, eine private Militärfirma einzusetzen, um die Situation in Belarus zu destabilisieren, da Belarus ein »strategischer Verbündeter« sei, zu dem sich »brüderliche Beziehungen« entwickelt hätten.
30.07.2020	Der Pressedienst des Außenministeriums der Ukraine teilt mit, dass die Strafverfolgungsbehörden der Ukraine sich mit der Frage einer möglichen Auslieferung russischer Staatsangehöriger befassen würden, die am Vortag in Belarus festgenommen wurden und im Donbas gekämpft haben sollen.
30.07.2020	Der Staatssekretär des belarusischen Sicherheitsrates, Andrej Raukou, berichtet, dass sich in Belarus bis zu zweihundert Kämpfer befinden würden. Im Zusammenhang mit der Inhaftierung mutmaßlicher russischer Söldner in Belarus wird ein Strafverfahren wegen der Vorbereitung terroristischer Handlungen eingeleitet.
30.07.2020	Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärt, die russische Seite habe keine vollständigen Informationen im Zusammenhang mit der Inhaftierung von russischen Söldnern in Belarus und erwarte, dass diese Situation geklärt werde.
30.07.2020	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) fordert die Auslieferung der am 29. Juli in der Nähe von Minsk inhaftierten Kämpfer aus Russland.
30.07.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala veranstalten die zweite Wahlkundgebung in Minsk. Daran nehmen zwischen 60.000 und 70.000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 2 Mio. Menschen). Es handelt sich um die größte Wahlkundgebung in der belarusischen Geschichte.
31.07.2020	Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, erklärt, die ungerechtfertigte Inhaftierung russischer Staatsbürger passe nicht ganz in die Parameter der alliierten Beziehungen.
01.08.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala veranstalten eine Wahlkundgebung in Hrodna. Daran nehmen 7.000 bis 10.000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 360.000 Menschen).
02.08.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala führen eine Wahlkundgebung in Baranawitschy durch. Daran nehmen über 7.000 Menschen teil (Bevölkerung: ca. 180.000 Menschen).

02.08.2020	Zichanouskaja, Kalesnikawa und Zapkala halten eine Wahlkundgebung in Brest ab. Daran nehmen über 18.000 Menschen teil (Bevölkerung: über 340.000 Menschen).
03.08.2020	Nach Angaben von Menschenrechtlern verläuft der Wahlkampf in Belarus unter ungleichen Bedingungen, weil zur Unterstützung von Aljaksandr Lukaschenka Verwaltungs- und Propagandaressourcen sowie regierungsnahen Organisationen und staatliche Medien eingesetzt wurden.
03.08.2020	Das russische Außenministerium fordert gegenüber dem belarussischen Botschafter eine baldige Freilassung der russischen Staatsbürger, die am 29.07. festgenommen wurden. Russland werde sich nicht in interne Prozesse anderer Staaten einmischen, erklärt das Außenministerium.
03.08.2020	Der belarussische Innenminister Juryj Karajeu erklärt in einer Ansprache an die Mitarbeiter_innen der Innenbehörden und Angehörige der Truppen des Innenministeriums, die Präsidentschaftswahlen würden zu einer ernsten Prüfung für das gesamte System der Strafverfolgungsbehörden.
03.08.2020	Walery Zapkala, nicht zugelassener Präsidentschaftskandidat, richtet einen offenen Brief an die Präsidenten und Regierungschefs von 32 Ländern, darunter der USA, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Ukraine. Er bittet darum, die Abhaltung fairer und freier Wahlen in Belarus zu unterstützen.
04.08.2020	Das Wahlprogramm der Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja wird in zentralen staatlichen Zeitungen von Belarus veröffentlicht. Die Freilassung der politischen Gefangenen, die Initiierung von freien Neuwahlen und die Durchführung eines Referendums über die Rückkehr zur Verfassung von 1994 sind Hauptpunkte des Programms.
04.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka hält seine jährliche Botschaft an das belarussische Volk und die Nationalversammlung (das Parlament). Wichtige Punkte der Rede sind: Russland werde immer der engste Verbündete von Belarus sein, obwohl die »brüderlichen Beziehungen« mit diesem Land von »partnerschaftlichen« abgelöst worden seien; der Appell [von Zichanouskaja], Änderungen durch eine Rückkehr zur Verfassung von 1994 vorzunehmen, sei ein Geschenk an die kriminelle Wirtschaft und werde zu Anarchie führen; »farbige Revolutionen« würden angesichts der neuen Informationstechnologien in Belarus nicht funktionieren; die kolossalen Befugnisse des Präsidenten in Belarus seien eine Garantie für die Umsetzung der sozialen Verpflichtungen des Staates gegenüber dem Volk.
04.08.2020	Moskau werde es nicht zulassen, dass die Ehre der in Belarus inhaftierten Gruppe von Kämpfern aus Russland, deren Schuld durch nichts bewiesen sei, beeinträchtigt wird, erklärt die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.
04.–08.08.2020	In Belarus findet die vorzeitige Stimmabgabe für die Präsidentschaftswahlen statt. Unabhängige Wahlbeobachter_innen werden massenhaft daran gehindert, den Wahlprozess in den Wahllokalen zu beobachten; zudem kommt es zu Festnahmen. Die meisten Beobachter_innen, die in die Wahllokale gelassen wurden, vertreten regimetreue Vereinigungen. Der Wahlprozess sei für eine unabhängige Beobachtung völlig unzugänglich, was die Wahlen intransparent mache, berichten Menschenrechtler.
05.08.2020	Am ersten Tag der vorzeitigen Stimmabgabe verzeichnen Beobachter_innen der Bürgerinitiative »Ehrliche Leute« über 2.000 Verstöße gegen das Wahlgesetz.
06.08.2020	Eine große Wahlkundgebung von Swjatlana Zichanouskaja in Minsk wird abgesagt. In dem Park, in dem die Kundgebung geplant war, führt das Verteidigungsministerium Veranstaltungen aus Anlass des Tages der Eisenbahntruppen durch.
06.08.2020	Die Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« fordert die belarussischen Behörden auf, Journalist_innen die Möglichkeit zu geben, frei über die für den 9. August geplanten Präsidentschaftswahlen zu berichten. Über 40 Journalist_innen sind bisher im Wahlkampf festgenommen worden.
06.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka sagt dem ukrainischen Journalisten Dmytro Hordon in einem Interview, er werde das Land nicht verlassen, und die Belarus_innen sollten das wissen.
07.08.2020	Wladimir Putin und Aljaksandr Lukaschenka erörtern die Situation im Zusammenhang mit der Inhaftierung von 33 Kämpfern aus Russland. Die Situation soll im Geiste des gegenseitigen Verständnisses geregelt werden, erklärt der Pressedienst des Kremls.
07.08.2020	Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens fordern die belarussischen Behörden auf, keine Gewalt einzusetzen.
07.08.2020	In einer Erklärung sagt der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, dass die Unabhängigkeit von Belarus nur durch friedliche, freie und faire Wahlen gestärkt werden könne.
07.08.2020	In drei Tagen der vorzeitigen Stimmabgabe (4.–6.08.) verzeichnen Beobachter_innen der Bürgerinitiative »Honest People« über 5.000 Verstöße gegen das Wahlgesetz.

07.08.2020	Drei Journalist_innen des amerikanischen russisch- und englischsprachigen Nachrichten- und TV-Portals »Nastojaschtscheje Wremja« (»Current time«) werden festgenommen und danach aus Belarus ausgewiesen.
08.08.2020	Der russische Botschafter in Belarus, Dmitrij Mesenzew, sieht in der Situation mit den inhaftierten Kämpfern aus Russland eine mögliche Provokation eines Drittlandes.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

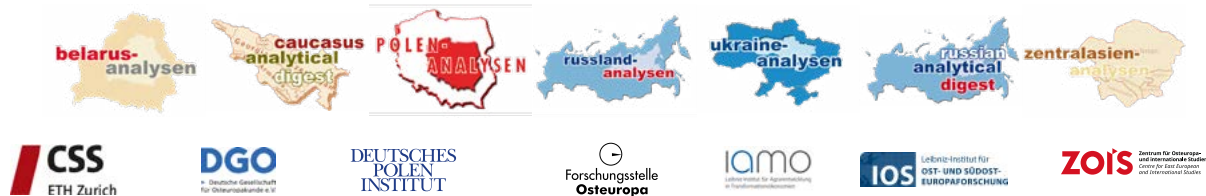
Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste:
www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.